DR. HANS-GEORG WIECK

Die Ukraine – Krise und Perspektiven

April 2014

Der heutige Kurs Russlands gegenüber der Ukraine ist von der Akzentuierung der Rolle des russischen Volkes und seiner – angeblich in Jahrhunderten gewachsenen patriarchalisch-autoritären - politischen Kultur geprägt und soll den postsowjetischen Raum strategisch unter die Kontrolle Moskaus bringen sowie fremden Einflüssen, also der von den Washington angeblich betriebenen Einkreisungspolitik gegenüber Russland Barrieren setzen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen dieser offensiven und mit dem Völkerrecht im Konflikt stehenden Politik werden in Kauf genommen. Das ist mittelfristig eine sehr riskante, der Selbstisolierung den Weg ebnenden Politik.

Die „offene Gesellschaft" – das Gesellschaftmodell der Europäischen Union sowie der Vereinigten Staaten von Nordamerika stellt für die russische Ordnungsprinzipien eine existenzbedrohende Gefahr dar. Eine demokratische Ukraine auf dem Wege in die Europäische Union und in die NATO stellt ein lebensgefährliches Gegenmodell zum russischen autoritären Konzept für Osteuropa dar.
Moskau nimmt deshalb Beeinträchtigungen durch russische oder internationale Kapitalkontrollen in Kauf. Eine offizielle oder medial wirksam sich artikulierenden Opposition gibt es infolge der Unterdrückung im Inneren des Landes derzeit nicht gibt. Die Opposition wurde und wird unterdrückt – mit der Keule des neuen, im Grunde des alten Feindbildes - den USA und „Anhang" in Europa. Die Sanktionen des Westens „beweisen" in Moskaus Augen die feindseligen Absichten und Ziele des Westens gegenüber Russland und dem russischen Volk. Kreml und Altar (Russisch-Orthodoxe Kirche) haben die heutige prorussische Nationalbewegung geschmiedet.
Die Ukraine in einem labilen, einem instabilen Zustand verharren zu lassen, stärkt die russische Strategie und schwächt die Glaubwürdigkeit, die Attraktivität des westlichen Modells.
Deshalb müssen aus westlicher Sicht die Völkerrechtsverletzungen als Kernstück westlicher Kritik an der expansiven, also den internationalen Frieden gefährdenden russischen Politik auf der internationalen Tagesordnung bleiben.

Das Ringen um die Ukraine – Russland und der Rest der Welt

KOENIGSALLEE 5, 14 193 BERLIN; POSTFACH 330 516, 14175 BERLIN
TEL: 0049 30 8909 6748; FAX: 0049 30 8909 6675; MOBIL: 0171 83 04 957
URL: WWW.HANS-GEORG-WIECK.COM; E-POST: HAGEWIE@ARCOR.DE

Die Machthaber im Kreml verstehen die Welt nicht mehr:
Sie betrachten es als ihr ur-eigenes Recht, als ihre Pflicht, den postsowjetischen Raum zu ordnen. Russen betrachten sich als die Führungsnation, die auch über Wohl und Wehe der siebzig Nationalitäten im unmittelbaren Staatsverband der Russischen Föderation befindet, die im weiteren Sinne aber auch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion außerhalb Russlands das Sagen haben will – selbstverständlich auch „im wohlverstandenen Interesse der betroffenen Nachfolgestaaten und Nationalitäten". Die Führungsmittel sind Methoden, die – nun mit nationalistischem Vorzeichen versehen - aus den operativen Abteilungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des KGB, des sowjetischen Geheimdienstes – übernommen worden sind – angefangen von „nationalen Führungskräften und örtlichen Selbstverteidigungskräften" in den umstrittenen Regionen eines Landes, die angeblich von „Faschisten und Terroristen und illegitimen Regierungen" bedrängt werden und daher Russland um Hilfe bitten. Die Hilfe kommt umso so offener und unverblümter, wenn das bedrohte Land zu den Waffen greift, um die innere Rebellion zu beseitigen. Dann steht einer umfassenden militärischen Operation Russlands gegen das Land nichts im Wege – wie im Jahre 2008 in Georgien. Putin hat nach der Georgien-Krise von 2008 bestätigt, dass er mit seiner Strategie die Georgier hat in die Falle laufen lassen. Die georgische Führung ordnete im Jahre 2008 den Einmarsch der Brigaden in das zu Georgien gehörende Südossetien an und wurde durch Moskau militärisch und politisch gedemütigt wurde. Ein territoriales Pfand aus dem Staatsgebiet Georgiens wurde herausgebrochen und „als selbständiger Staat" von Moskau anerkannt. Dieses Schicksal widerfuhr Abchasien und Südossetien im Jahre 2008. Die internationale Unabhängigkeit dieser beiden „Staaten" fand mit Ausnahme eines latein-amerikanischen Staates (Venezuela) nicht statt und desavouierte damit die russische Außenpolitik.
Auf der Krim antwortete die Ukraine mit gewaltlosem Widerstand, ließ die „Selbstverteidigungskräfte" ins Leere laufen und konzentrierte sich auf die administrative Isolierung der von der Ukraine abgefallenen politischen Splittergruppen und deren russischen Strippenzieher – so auch in der Ostukraine. Auf der Krim kam Moskau ans Ziel.

Die Russische Föderation hob die operative Einsatzbereitschaft von mehr als 150 000 Soldaten östlich der Ukraine auf, die zum Einsatz auf der Krim und in der Ostukraine bereit standen, sollte die Ukraine in die militärische Falle laufen, wie es in Georgien der Fall gewesen war.

Moskau ist vor Ort auf der Krim – im Militärstützpunkt Sewastopol, dem auch einige Bewegungsmöglichkeiten auf der Krim offen stehen.

Skrupellos setzte sich Moskau über solche Beschränkungen hinweg und veranstaltete unter eigener Aufsicht eine Volksabstimmung über den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation. Im Westen zollten nicht wenige den Ergebnissen dieser gefälschten Veranstaltung ihren Respekt. Das ist mehr als befremdlich.
Vielleicht wird am Ende der Krise der Militärstützpunkt im Wege eines internationalen Abkommens der Russische Föderation mit Auflagen zur Sicherheit der Ukraine territorial zugeschlagen werden.

Die russische Führung sieht sich durch die massive Kritik der internationalen Staatengemeinschaft und aller internationalen mit Sicherheitsfragen befassten Institutionen am russischen Vorgehen gegen die Ukraine zu Unrecht angegriffen, weil sie sich – jenseits allen Völkerrechts - auf die Legitimität ihres Vorgehens auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion beruft und dafür von der internationalen Staatengemeinsaft Verständnis verlangt. Dieses Verständnis hatte Medwedew zu Zeiten seiner Präsidentschaft im Jahre 2008 schon öffentlich eingefordert und als Forderung auch jetzt wiederholt.

Die Entmachtung von Präsident Janukowitsch und die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union werden in Moskau als das Werk von Faschisten und ukrainischen Nationalisten betrachtet und verurteilt.

Nach der Unterzeichnung der politischen Verständigung zwischen Präsident Janukowitsch und der Opposition in Kiew, die durch die Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankeichs und Polens zustande gekommen war, einem Vermittlungsversuch, den auch der Vorsitzende der offiziellen Russischen Menschenrechts-Kommission, Lukin, begleitete und paraphierte, musste Janukowitsch von Moskau zurückgezogen werden, um die Gültigkeit dieser Verständigung über die Rückkehr zur Verfassung von 2004 und über vorgezogene Neuwahlen in Frage stellen und die Partner dies Abkommens aus der politischen Führung der Ukraine politisch in Verruf bringen zu können. Nach dem bestellten Hilferuf an Russland verschwand dann, wie auch Putin erklärte, Janukowitsch im Hintergrund:
Russland braucht noch einige Zeit um zu begreifen, dass es mit seinem Vorgehen gegen die Ukraine dieses Land noch schneller und nachhaltiger in den Bannkreis der Europäischen Union getrieben hat und weiterhin treibt, als es ohnehin schon wollte. Moskau hat die zögernde Europäische Union auf den Plan gerufen und an die Seite der Ukraine gebracht – für immer! Es kann die Ukraine nur um den Preis einer tiefgehenden und nachhaltigen Krise und Konfrontation mit der Europäischen Union, dem Nordatlantischen Bündnis und vielen anderen Subjekten der Staatengemeinschaft, einschließlich Chinas, in die Knie zwingen. Die Risiken dieses von Moskau angestrebten Prozesses sind nicht kalkulierbar. Kettenreaktionen lassen sich schwer unter Kontrolle bringen Diese Besorgnisse werden nicht nur von den Menschen in der Ukraine sehr stark

empfunden, sondern auch und vor allem von allen früheren Sowjetrepubliken, die nun unabhängig sind und von den Ländern, die unter Zwang dem Warschauer Pakt angehörten. Russland ist im Begriff, in Europa tiefe Gräben zu ziehen.

Angesichts des Staatsmonopols in den Medien kann Putin aber auch radikale Kurswechsel – vom Abgrund weg – vollziehen, ohne um seine Stellung fürchten zu müssen.

Die Krise um die Ukraine schweißt die Länder der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses zusammen.

Berlin kann hilfreich sein, Kommunikationskanäle offen zu halten und Überreaktionen zu verhindern. Berlin kann und will aber nicht positiver Interpret sogenannter legitimer Interessen Russlands zur Aufrechterhaltung russischer Dominanz im postsowjetischen Raum, also auch in der Ukraine sein. Dies versteht auch die deutsche Wirtschaft, die in Russland stark engagiert ist, aber, wie der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 05. März 2014 erklärte, die Solidarität der Bündnis- und EU-Partner mit der bedrohten Ukraine in vollem Umfang mit trägt.
Berlin ist von großer Bedeutung für einen konstruktiven Verlauf der weiteren Annäherung der Ukraine an die Europäische Union und die finanzielle sowie administrative Unterstützung, die das Land nun dringend benötigt.

Die Ukraine zwischen Moskau und Brüssel

1. Was ist das Gebot der Stunde?

Schon in der Geburtsstunde der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) im Jahre 1991 beanspruchte Moskau eine Führungsrolle in diesem lockereren Verband der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Sowjetunion ist mit ihrem zentralistischen Führungsanspruch gegenüber den Gliedstaaten jedoch gescheitert. Die baltischen Republiken scherten vollkommen aus. Kiew ging auf Distanz zu dem Führungsanspruch aus Moskau – so auch Georgien. Dominanz-Tendenzen Moskaus gegenüber den anderen Nachfolgestaaten sind zum Scheitern verurteilt. Kein Staat in Europa kann Moskau einen Dominanzanspruch gegenüber anderen Staaten in Europa einräumen.
In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Jahre stellte Putin fest: “Europa wird seinen Ruf als selbständiger Ort der Weltpolitik nur festigen, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den menschlichen, territorialen und natürlichen Ressourcen wie auch den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen kann. “ Gerhard Schröder fügte

in seiner Bad Boll-Rede vom Oktober 2006, also fünf Jahre später die Sätze hinzu: „Putins Vision ist die Rekonstruktion der Bedeutung Russlands auf gleicher Augenhöhe mit den USA. Putin weiß, dass er dieses Ziel nur in einer immer enger werdenden strategischen Partnerschaft zu Europa erreichen kann. Diese historische Chance muss Europa nutzen.“ Auf die heutigen Verhältnisse übertragen heißt das, dass die Europäische Union die Dominanz Russlands über die Nachfolgestaaten der Sowjetunion gutheißen soll.
Diese Forderung steht in einem unvereinbaren Widerspruch zu dem Integrationsmodell der Europäischen Union, das in der Bereitschaft der Europäischen Gemeinschaft gemäß den Römischen Verträgen von 1957 verankert ist, freie Staaten in Europa, die sich auf den Boden der europäischen Werte und der schon erzielten Integrationsstufen der Europäischen Union stellen, in die Gemeinschaft, heute die Europäische Union aufzunehmen, wenn die Union dazu wirtschaftlich und finanziell in der Lage ist. Angesichts des enormen Aufnahmeschubs nach dem Ende des Kalten Krieges ist der europäische Enthusiasmus in dieser Frage heutzutage ein wenig abgeebbt, aber nicht gebrochen und sollte sich an dem wichtigen Thema der Zukunft - der Ukraine - neu entfachen. Wir sprechen nicht von einigen Jahren, sondern vielleicht von einem oder zwei Jahrzehnten. Die Geschichte stellt diese Frage an uns heute. Wir müssen sie verantwortungsbewusst im Lichte der Überwindung von Feindschaft und Rivalität in Europa seit den fünfziger Jahren beantworten und nicht mit der Knauserei des Geldwechslers an die Sache herangehen.

Am Vorabend der Europawahl im Mai 2014 haben in unserer Öffentlichkeit die Zweifel an der Machbarkeit des integrierten Europas oder auch nur eines Europas mit einer gemeinsamen außen-und sicherheitspolitischen Stimme spürbar zugenommen. Manchen treibt die Sorge um, dass infolge nachlässiger Gemeinschaftsinstitutionen der Freizügigkeit von Sozialhilfeempfängern im ganzen EU-Raum das Wort geredet oder ungeachtet nationaler Finanzhoheit eine Haftungsunion wohlhabender Volkswirtschaften gegenüber den weniger gut dastehenden Mitgliedstaaten das Wort geredet wird. Dem ist wirksam entgegenzutreten.

2. Die Ukraine aus Moskauer Sicht und das EU-Assoziierungsabkommen

Moskau macht kein Hehl daraus, dass die Ukraine für das Moskauer Projekt der Eurasischen Zollunion ein Kernstück ist, wenn nicht das Kernstück neben der Russischen Föderation ist. Schon in den Jahren 2008 und 2009 belehrte uns der damalige russische Präsident Medwedews, dass Moskau für sich ein Interventionsrecht in den unmittelbaren Nachbarstaaten für sich in Anspruch nehme – und zwar aus geo-strategischen Gründen und zum Schutz russischer

Staatsangehöriger. Die wirtschaftliche Annäherung im Wege einer Zollunion soll die Handels- und Investitionsströme in diesen Raum lenken und Einflüsse anderer Wirtschaftszentren und damit auch der Europäischen Union zurückdrängen. Schon ein Assoziierungsabkommen der Ukraine wäre mit der Mitgliedschaft der Ukraine in der Eurasischen Zollunion unvereinbar. Im Verhandlungswege könnten Sonderregelungen auf einzelnen Gebieten allgemeiner oder vorübergehender Natur ausgehandelt werden – zwischen der EU, der Eurasischen Zollunion und der Ukraine.
Die Europäische Union hat das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine unterschriftsreif ausgehandelt – aber die Problemfelder der wirtschaftlichen und finanziellen Situation der Ukraine und ihre Verwobenheit mit Russland fanden keine entsprechende europäische Antwort, weil sie nicht auf die Tagesordnung der Beziehungen gehoben wurden – welch‘ eine Nachlässigkeit, welch‘ ein Fehler! Moskau spielte mit den finanziellen Muskeln und der Intervention in die Handelsströme und Kiew musste in die Knie gehen. Kiew musste die Unterzeichnung des Assoziierungs-Abkommens aussetzen – ad calendas grecas?

Inzwischen ist der politische Teil des Assoziierungsabkommens von der Ukraine und der Europäischen Union unterzeichnet worden. Brüssel muss mit Kiew über Finanz- und Handelsfragen sprechen und Lösungen herbeiführen.

Es muss der Versuch unternommen werden, mit Moskau und Kiew über die Handelsströme nach Abschluss des Assoziierungsabkommens von und nach Russland und anderen GUS-Staaten verbindlich gesprochen werden.

Hatte die Europäische Union wegen der fehlenden politischen Priorität für diese Fragen die wirtschaftlichen und finanziellen Grundfragen der Ukraine unterschätzt oder verdrängt? Es schien alles an dem Schicksal der als politische Gefangene eingestuften früheren Ministerpräsidentin Timoschenko zu hängen.

Das von Moskau gegenüber Kiew erzwungene Aussetzen des Unterzeichnungs- und Ratifizierungsverfahrens sollte die Europäische Union dazu bewegen, die hohe politische Bedeutung des Assoziierungsabkommens und der Perspektive der späteren Mitgliedschaft zu erkennen und zu instrumentalisieren. Für manchen Bürger der Ukraine mangelte es der Europäischen Union bisher an politischem Ernst und an der Entschlossenheit und ließ Zweifel daran aufkommen, ob die EU in der Stunde der Gefahr an der Seite des Landes stehen wird. Die Fülle der zivilgesellschaftlichen Engagements und die unbestrittene Relevanz Europas für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft stehen außer Frage, aber sie können nicht den unverzichtbaren politischen Willen der Union und ihrer Mitgliedstaaten ersetzen, jetzt dem Land und seinen Bürgern glaubwürdig die spätere Mitgliedschaft zu eröffnen. Daran muss sich Europa messen lassen. Der frühere polnische Präsident Kwasniewski, der eine Art Vermittler für die Europäische Union darstellt und in den

zurückliegenden Monaten viele Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten führte, hat in einer Veranstaltung der polnischen Botschaft in Berlin am 17. Februar 2014 keinen Zweifel daran aufkommen lassen , dass er stets von der Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer solchen europäischen Erklärung und Willensbekundung überzeugt gewesen sei und dies weiterhin für unverzichtbar ansieht. Gerade am Vorabend der Europawahlen, so meine ich, kommt eine solche Erklärung einem Weckruf gleich, den Europa in der Phase der Selbstzweifel braucht – gepaart mit einem kombinierten Weltbank und EU-Finanzplan zur Absicherung der ukrainischen Wirtschaft, der Belebung des Modernisierungsprozesses und zur Konsolidierung des Haushalts. Zusatzverhandlungen auf hohem Niveau sind unerlässlich.

Allen Appellen zum Trotz hat sich nun die seit Wochen bestehende politische und von Dauer-Demonstrationen gestützte Konfrontation zwischen Regierung und einer keineswegs vereinten Opposition in brutale Gewaltanwendung von beiden Seiten entladen. In Teilen des Landes sind die nationalen Behörden im Wege lokaler und regionaler Autonomie-Erklärungen entmachtet worden. Bürgerkrieg und Spaltung des Landes sind die dramatischen Manifestationen des Ringens um den künftigen Kurs des Landes – in die politische, wirtschaftliche und finanziellen Abhängigkeit von Moskau oder auf den steinigen Weg in die Europäische Union.

Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens haben vor Ort die Vermittlung zwischen den opponierenden Kräften innerhalb und außerhalb der Regierung erfolgreich unternommen. Die Europäische Union hat nun die von den Umständen erzwungene Solidarität mit dem Land auf ihre Fahnen geschrieben. Die USA fordern die Einstellung der Gewalt und Moskau setzt die Finanzhilfe für Kiew aus. Reicht das aus, um zum Runden Tisch zu gelangen – um den Untergang des Landes, wie wir es seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 kennen und schätzen, in ein Chaos von Gewalt und Zerstörung zu verhindern?

3. Eine Vermittler-Aufgabe der OSZE?

Der OSZE-Vorsitzende, im Augenblick der schweizerische Außenminister, musste angesichts der Krisenlage in der Ukraine handeln: entweder in eigener Verantwortung einen Berater mit erheblichen Vollmachten zur Vermittlung und zur Wegbereitung für genuin freie und faire Wahlen zu ebnen, oder dafür ein Mandat des Ständigen OSZE-Rats in Wien für eine OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Kiew herbeizuführen. Seit dem Amtsantritt Putins im Jahre 2000 ist Russland außerordentlich kritisch gegenüber jedem OSZE-Versuch, Demokratie-Beratung und Wahlbeobachtung zu institutionalisieren. Jetzt ist es immerhin gelungen, solche OSZE-Beobachter auf Grund eines einhelligen Urteils des OSZE-Ständigen Rats zu entsenden. Ihnen wird die Arbeit schwer

gemacht – die Einreise auf die Krim untersagt und in der Ostukraine sehr stark behindert. Nun gilt es, effektive Wahlbeobachtung für die Wahlen am 25. Mai 2014 durchzusetzen.

4. Ukraine – Zankapfel der Weltmächte oder Teil des europäischen Einigungsprozesses?

Es gibt Stimmen, die meinen, in der Ukraine handle es sich um ein strategisches Kräftemessen Russlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika Das mag es einmal gewesen sein – zu Zeiten von US-Präsident George W. Bush. Aber diese Zeiten sind längst vorbei. Das bekundete in diesen Tagen auch der langjährige „Oberstratege“ amerikanischer Dominanzvorstellungen Zbigniew Brzezinski mit den Worten, die Opposition müsse sich auf einen gemeinsamen Führer einigen, um eine Bewegung für eine demokratische Ukraine zu initiieren. Die Europäer müssten ernsthaft mit den Russen über die Zukunft der Ukraine sprechen. Deutschland solle mehr Verantwortung im Management der Krise übernehmen und die Ukraine aus ihrer wirtschaftlichen Notlage herausbringen.

Die USA sind in der Krise um die Ukraine durch Moskau strategisch herausgefordert – in eben dieser Krise – aber die Hauptlast für die Lösung der Probleme der Ukraine wird die Europäische Union zu tragen haben.

In der Summe des Gesagten lässt sich feststellen:

(1.) Die Europäische Union muss in der Frage der Annäherung der Ukraine an die Europäische Union den Test der Glaubwürdigkeit bestehen. Das muss vor allem Berlin erkennen.

(2.) Handel und Wandel können unter unterschiedlichen strategischen und wertebezogenen Bedingungen stattfinden. Aber die demokratische, die gesellschaftliche, die wirtschaftliche Orientierung eines im Transformationsprozess befindlichen Landes, wie es bei der Ukraine der Fall ist, braucht einen wertebezogenen Rahmen und die solide Perspektive der Mitgliedschaft in der Europäischen Union, um zum Erfolg zu kommen. Ohne dieses Engagement der Europäischen Union können sich in der vielschichtigen Ukraine nicht die Kräfte durchsetzen, die auf eine europäische Ukraine bauen.

Berlin, April 2014